

Stellungnahme

der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft

zur Empfehlung des Interregionalen Parlamentarier-Rates der Großregion vom
15. Dezember 2006

„Weiterentwicklung der Zusammenarbeit der Hochschulen in der Großregion“

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft unterstützt die Empfehlung des Interregionalen Parlamentarier-Rates, IPR, die Weiterentwicklung der Zusammenarbeit in der Großregion zwischen den Hochschulen voranzubringen.

Gerade für die Deutschsprachige Gemeinschaft als belgische Grenzregion zu den Niederlanden, Deutschland und Luxemburg sind überregionale und internationale Kontakte und Kooperationen von größter Bedeutung für ihre Weiterentwicklung als Wissens- und Bildungsstandort. Dabei kann die Deutschsprachige Gemeinschaft durch ihre geographische Lage sowie durch die Mobilität und Sprachenkompetenz ihrer Einwohner als Brückenkopf zwischen den einzelnen Regionen der Euregio Maas-Rhein und der Großregion SaarLorLux dienen.

Zur Verdeutlichung des oben genannten kann auf die im Jahre 2005 gegründete Autonome Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft hingewiesen werden. Konkret kann die Autonome Hochschule diese Brückenkopffunktion spielen zu HORA EST, dem Fachhochschul-Netzwerk in der Euregio Maas-Rhein und ALMA, der Kooperationsplattform zwischen den Universitäten in der Euregio Maas-Rhein.

HORA EST ist der Zusammenschluss von Hochschulen in der Euregio Maas-Rhein, deren Ziel die Modernisierung der Bildungslandschaft in Zeiten der tiefgreifenden Veränderungen durch zunehmende Globalisierung und internationale Konkurrenz ist. Dazu gehören vor allem die Entwicklungen im Rahmen des Bologna-Prozesses. Hier bieten sich Hochschulkooperationen in den Bereichen komplementäre und kompatible Bildungsangebote, innovative Unterrichtsmethoden, Forschung und Entwicklung sowie internationales Hochschulmarketing an.

Außerdem ist die Autonome Hochschule Mitglied im „Pôle mosan“, einem Hochschul- und Universitätsverbund von 25 Hochschulen und Universitäten aus den belgischen Provinzen Lüttich, Namur und Luxemburg. Zweck dieses Zusammenschlusses ist es unter anderem, den zukünftigen Studenten eine Orientierungshilfe zu geben, den Austausch zwischen Lehrkräften und Studenten zu fördern, auf infrastruktureller Ebene zusammen zu arbeiten und Kooperationen mit anderen Ausbildungsinstitutionen einzugehen.

Die Autonome Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist in ihren eigenen Schwerpunktbereichen – den Bildungswissenschaften sowie den Gesundheits- und Krankenpflégewissenschaften – ausdrücklich interessiert an weiterführenden Kooperationen, so wie sie bereits mit Hochschulen im In- und Ausland bestehen.

Vor diesem konkreten Hintergrund erfolgt die vorgenannte Unterstützung der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Empfehlung des IPR zur „Weiterentwicklung der Zusammenarbeit der Hochschulen in der Großregion“.

Stellungnahme

der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft

zur Empfehlung des Interregionalen Parlamentarier-Rates der Großregion vom
15. Dezember 2006

„Schule der zweiten Chance“

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft begrüßt grundsätzlich die Initiative Lothringens, durch das europäische Konzept „Schule der zweiten Chance“ jungen Menschen ohne Bildungsabschluss anhand der Vermittlung von Grundkompetenzen und der Integration in lokalen Betrieben eine berufliche Qualifikation zu ermöglichen.

In der Philosophie des lebenslangen Lernens stellt die Anrechenbarkeit und die Zertifizierung der nicht formalen Bildung eine große Herausforderung dar, der sich Bildungsträger, Behörden und Wirtschaft stellen müssen. Unter nicht formaler Bildung wird dabei ein Lernprozess auf der Grundlage gelebter Erfahrungen verstanden.

Anlässlich des Benelux-Seminars zur nicht formalen Bildung vom 16. bis 18. November 2005 in Bütgenbach/Worriken unter der Schirmherrschaft der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft wurde von anwesenden Experten und Jugendlichen eine für alle europäischen Länder gemeinsame „Basisbescheinigung“ angeregt. Diese „Basisbescheinigung“ muss nach Ansicht der Experten verschiedene Indikatoren beinhalten, die sich in allen Projekten der nicht formalen Bildung wieder finden lassen.

Zu einem geeigneten Instrument der Zertifizierung von nicht formaler Bildung kann sich ebenfalls der „Europass“ entwickeln. Der „Europass“ basiert auf einem Beschluss des Europäischen Rates vom 15. Dezember 2004, mit dem das Europass-Rahmenkonzept verabschiedet wurde. Fünf Dokumente sollen den Bürgerinnen und Bürgern Europas helfen, ihre Qualifikationen und Kompetenzen transparent darzustellen, um sich so auf dem nationalen und europäischen Arbeitsmarkt besser präsentieren zu können. Der „Europass“ zeigt persönliche Fähigkeiten, Kompetenzen und Qualifikationen in verständlicher und nachvollziehbarer Form. So können sich alle Bürgerinnen und Bürger für eine Bewerbung den Europass-Lebenslauf oder den Europass-Sprachenpass erstellen. Der Europass-Mobilität <http://www.europass-info.de/de/europass-mobilitaet.asp>, der Europass-Diplomzusatz und die Europass-Zeugniserläuterung <http://www.europass-info.de/de/europass-zeugniserlaeuterung.asp> sorgen für eine bessere Vergleichbarkeit von Abschlüssen aus Studium und Beruf.

Vor diesem Hintergrund hat die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Rahmen der Agentur für Europäische Bildungsprogramme VoG eine eigene Europassagentur der Deutschsprachigen Gemeinschaft gegründet.

Abschließend sei auf die in der Deutschsprachigen Gemeinschaft gebräuchlichen Formen des zweiten Bildungsweges hingewiesen. Junge Erwachsene ohne Bildungsabschluss können vor einem von der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten externen Prüfungsausschuss alle Formen von Schulabschlüssen nachholen. Für junge arbeitslose Menschen ohne Bildungsabschluss besteht hier zusätzlich in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft die Chance sich pädagogisch intensiv begleitet auf die externen Prüfungen zur Erlangung des Hochschulzugangs vorzubereiten.

Vor diesem konkreten Hintergrund erfolgt die vorgenannte Unterstützung der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Empfehlung des IPR zur „Schule der zweiten Chance“.

Stellungnahme

der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft

zur Empfehlung des Interregionalen Parlamentarier-Rates der Großregion vom 15.
Dezember 2006

"Energiepolitik in der Großregion"

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft unterstützt die Empfehlung des Interregionalen Parlamentarier-Rates.

In Bezug auf die Umsetzungsstrategie RUBIN weisen wir darauf hin, dass es in diesem Projekt bisher keinen Partner aus der DG gibt.

Stellungnahme

der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft

zur Empfehlung des Interregionalen Parlamentarier-Rates der Großregion vom 15.
Dezember 2006

"ÖPNV-Verbund für die Großregion"

Die Deutschsprachige Gemeinschaft ist durch die Grenzpendler nach Luxemburg betroffen. Der Aufbau eines Verbunds erscheint aus diesem Grund sinnvoll. Die Regierung legt Nachdruck auf die Tatsache, dass insbesondere die Bahnlinie Gouvy – Ulflingen – Luxemburg in die Überlegungen und Planungen einbezogen werden muss.

Der grenzüberschreitende Busverkehr im Süden der Deutschsprachigen Gemeinschaft Richtung Diekirch sollte ebenfalls verbessert werden.